



NEUEINSTELLUNGEN

„Die 1500“

Von Rüdiger Seidenspinner, GdP-Landesvorsitzender

Auf Seite 59 des Koalitionsvertrages steht: „Wir brauchen eine leistungsstarke Polizei. Angesichts der Zunahme der Bevölkerungszahlen in Baden-Württemberg und der sehr hohen Belastung der Polizei durch ständigen Aufgabenzuwachs, schaffen wir bis zum Ende der Legislaturperiode 1500 zusätzliche Stellen bei der Polizei.“

Das ist gut und hört sich auch super an.

Jetzt kommen die ersten, die feststellen, dass es gar keine 1500 Polizisten-, also Beamtenstellen sind. Ja, das ist richtig und stimmt. Es sollen ca. 600 Nichtvollzugsstellen und ca. 900 Vollzugsstellen sein. Auch diese Mischung ist richtig und gut.

Das bedeutet, dass wir 2021 insgesamt 1500 Stellen mehr im Haushalt der Polizei haben werden/müssen/sollten.

Vorhandenes Personal im Nichtvollzug durch die Privatisierung der Notariate.

Für den Nichtvollzug könnte das ziemlich flott gehen, denn aufgrund der Privatisierung der Notariate gibt es zahlreiche Landesbedienstete, die bereits eine entsprechende Vorbildung haben und gerne beim Land bleiben möchten.

Wo bilden wir unseren Vollzugsnachwuchs aus?

Jetzt wird es schon komplizierter! Wir brauchen dringend Lösungen. Wir haben bzw. hatten Bildungseinrichtungen, die nach und nach für die Flüchtlingsaufnahme verwendet wurden, jetzt aber recht spärlich belegt sind. Das kann sich zwar schnell wieder ändern, sollte aber dennoch zum Überlegen anregen.

Am Ende dieses Monats verabschiedet man sich von einer historischen Einrichtung der Polizei, in der fast jeder Polizist, fast jede Polizistin schon Zeit verbracht hat, nämlich von der Schule/Akademie in Freiburg in der Mülheimer Straße.

Müssen wir das oder gäbe es nicht andere polizeiliche Verwendungen? Bedarf ist genügend vorhanden!



Ebenso haben wir uns von Wertheim verabschiedet und nun steht die Einrichtung ebenfalls fast leer. Auch hier gäbe es die Möglichkeit, frühere Entscheidungen unter Zugrundelegung neuer Daten und Fakten zu überprüfen.

Natürlich müssen auch andere Lösungsmöglichkeiten in Betracht gezogen werden, aber die Zeit drängt.

Die ersten politischen Gespräche haben schon stattgefunden, aber die Polizei sollte ebenfalls in Fahrt kommen.

Räumlichkeiten sind das eine, junge Menschen das andere und wer bildet die dann aus, wäre der dritte Bereich?

Wer bildet den Nachwuchs aus?

Auch hier gehört schnell ein Konzept auf den Tisch.

Rücknahme der Kürzung der Eingangsbesoldung.

Die Landesregierung muss sich überlegen, wie sie in dieser Legislaturperiode (bis 2021) mehr junge Menschen für die Polizei gewinnen möchte, wenn sie die Kürzungen in der Eingangsbesoldung nicht sofort, sondern nur schrittweise bis zum Jahr

2022 (siehe Seite 69 des Koalitionsvertrags) rückgängig machen will.

Und mit noch mehr jungen Kolleginnen und Kollegen mit Abitur im mittleren Dienst ist uns nicht geholfen.

Vieles, was wir als Gewerkschaft der Polizei (GdP) vorhergesagt haben, ist eingetreten. Es geht aber nicht darum, dass wir Recht hatten, sondern dass wir Lösungen, die wir im Übrigen auch vorgeschlagen hatten, und keine Schönwetterreden brauchen.

Wir hatten übrigens auch nicht Recht, weil wir alles besser wissen. Vor Jahren wurde davon geredet, dass die Polizei in einer Talsohle ist und es wurde extra ein Talsohlenprogramm geschaffen, um wieder herauszukommen.

Waren wir je schon draußen aus der Talsohle?

Da hilft es auch nichts, wenn das Wort dann zum Unwort erklärt wird, sondern wenn die verantwortliche Politik nachhaltige Lösungen anbietet und die Polizei sie dann auch umsetzt.

Euer Rüdiger Seidenspinner



Die Landesredaktion ist unter der E-Mail-Adresse redaktion@gdp-bw.de zu erreichen.

Bitte alle Artikel, die in der Deutschen Polizei, Landesjournal, veröffentlicht werden sollen, an diese E-Mail-Adresse senden. In dringenden Fällen erreicht Ihr mich auch unter der Telefonnr. 0 15 25/3 45 43 84.

Der Redaktionsschluss für die September-Ausgabe 2016 des Landesjournals Baden-Württemberg war bereits am Freitag, dem 29. Juli 2016. Für die Oktober-Ausgabe 2016 ist er am Freitag, dem 2. September 2016.

Nicht rechtzeitig zum Redaktionsschluss eingesandte Artikel können von uns leider nicht mehr berücksichtigt werden. Zur einfacheren Bearbeitung bitten wir um Übersendung von unformatierten Word-Texten ohne Fotos. Diese bitte separat versenden.

Wolfgang Kircher

DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe



Baden-Württemberg

GdP-Geschäftsstelle:

Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen
Telefon (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: info@gdp-bw.de
Internet: www.gdp-bw.de

Service GmbH BW:

Telefon: (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: Info@gdp-service.com

Redaktion:

Wolfgang Kircher (V.i.S.d.R.)
Schwalbenweg 23
71139 Ehningen
privat: (0 70 34) 76 83
Mobil: (0 15 25) 3 45 43 84
E-Mail: redaktion@gdp-bw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleucker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381

Distanz-Elektro-Impuls-Gerät (DEIG)

Die Diskussion über ein Distanz-Elektro-Impuls-Gerät (DEIG) nimmt nicht ab. Fälschlicherweise wird dieses Gerät auch Taser genannt, doch dies ist lediglich der Name der Firma, die solche Geräte herstellt.

Deshalb hat sich die Gewerkschaft der Polizei (GdP) entschlossen eine fachliche und sachliche Diskussion anzustoßen.

Viele Einsätze im Alltag zeigen deutlich, dass zwischen Schlagstock, Pfefferspray auf der einen und Schusswaffen auf der anderen Seite eine Lücke besteht, wenn es darum geht, gegen Angreifer vorzugehen. Um einen besseren Schutz unserer Kolleginnen und Kollegen zu gewährleisten, fehlt ein geeignetes Distanzmittel. Die GdP hat eine Arbeitsgruppe mit Fachleuten (Anwender, Mediziner, Juristen und Praktikern) eingesetzt und ein ausführliches Papier als Diskussionsgrundlage erstellt.

Der GdP-Bundesvorstand befasste sich ebenfalls mit dem Thema und

lässt es bundesweit diskutieren. Zu dieser Diskussion soll auch eine juristische Ausarbeitung beitragen, denn so einfach ist die Rechtslage nicht und es gibt viele Fragen im Detail, z. B. kann es zu Problemen kommen, wenn doch die Schusswaffe benutzt wird und nicht das Distanz-Elektro-Impuls-Gerät (DEIG), um nur eine Frage aufzunehmen.

Damit so viele wie möglich an der Beratung und Diskussion teilnehmen können, haben wir die Papiere in Internet auf der Startseite der GdP eingestellt, aber auch an unsere Bezirksgruppen per Mail versandt. Dort kann es jederzeit abgerufen werden.

Also besorgt euch die Unterlagen und lest, bewertet und gebt uns Bescheid. Denn wir wollen sinnvolle Einsatzmittel und nicht solche, die erkennbare Probleme bereiten. Probleme sind aber unter Umständen durch rechtliche Regelungen auszuräumen. Deshalb sollten so viel wie möglich ihre Meinung an uns senden.

Euer Rüdiger Seidenspinner

NACHRUF

Die Gewerkschaft der Polizei trauert um ihr Ehrenmitglied Erich Scherer, der am 4. Juli 2016 im Alter von 72 Jahren verstorben ist. Erich Scherer war 54 Jahre GdP-Mitglied. Bereits nach seiner Einstellung bei der Bereitschaftspolizei wurde er Vertrauensmann und war in seiner aktiven Zeit in vielen gewerkschaftlichen Funktionen, von 1965 bis 1969 Beisitzer und von 1970 bis 1994 stellvertretender Vorsitzender der GdP-Kreisgruppe Mannheim, von 1978 bis 1988 war er stellvertretender Schriftführer im GdP-Landesvorstand.

Erich Scherer war Mitglied im ÖPR des PP Mannheim seit 1972, u. a. ab 1979 über Jahrzehnte als Vorsitzender, ab 1978 war er auch Mitglied des Bezirkspersonalrates bei der LPD Karlsruhe. Für seine besonderen Verdienste erhielt er den großen GdP-Stern in Gold und



wurde nach seinem Ausscheiden aus dem Kreisgruppenvorstand der GdP Mannheim mit dem GdP-Silberbarren geehrt.

Wir werden Erich Scherer ein ehrendes Andenken bewahren.



AUS DEM SCHWERBEHINDERTENRECHT

Defizite bei der vorgesehenen „Stärkung der Schwerbehindertenvertretung“ durch das Bundesteilhabegesetz

Die Bundesregierung hat am 28. Juni 2016 den Gesetzentwurf für das Bundesteilhabegesetz beschlossen, in dem auch Änderungen im Schwerbehindertenvertretungsrecht vorgesehen sind. Der Kabinettsentwurf des Gesetzes geht nun in das parlamentarische Verfahren, währenddem noch Änderungen vorgenommen werden können. Im Herbst soll das Bundesteilhabegesetz (BTHG) vom Bundestag beschlossen werden.

Im Teil 3 des neuen SGB IX soll das Schwerbehindertenrecht in einzelnen Punkten weiterentwickelt werden. Die inhaltlichen Änderungen umfassen im Wesentlichen die „Stärkung des ehrenamtlichen Engagements der Schwerbehindertenvertretungen“ in den Betrieben und Dienststellen durch mehr Ansprüche auf Freistellungen für die Vertrauenspersonen und bessere Fortbildungsmöglichkeiten für stellvertretende Mitglieder. Daneben sind die Verbesserung der Mitwirkungsmöglichkeiten von Menschen mit Behinderungen in Werkstätten für behinderte Menschen, Regelungen zur Benutzung von Behindertenparkplätzen sowie die Schaffung eines Merkzeichens für taubblinde Menschen im Schwerbehindertenausweis vorgesehen.

Die vielfach geforderte Klausel zur Unwirksamkeit von Arbeitgeberentscheidungen bei pflichtwidriger Nichtbeteiligung der Schwerbehindertenvertretung vor personellen Einzelmaßnahmen wurde NICHT in den Gesetzentwurf aufgenommen. Auch beim betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM) sind KEINE Verbesserungen vorgesehen, sodass die pflichtwidrige Nichtdurchführung des BEM durch den Arbeitgeber weiterhin NICHT unmittelbar sanktioniert werden kann.

Diese Defizite im Gesetzentwurf sind INAKZEPTABEL. In beiden Punkten muss im Zuge des parlamentarischen Gesetzgebungsverfahrens nachgelegt werden!

Auf der Internetseite des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales



Der BTHG-Gesetzentwurf (382 Seiten inklusive Begründung) kann als PDF-Datei heruntergeladen werden: http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Meldungen/2016/bundesteilhabegesetz-entwurf.pdf?__blob=publicationFile&v=2

Dr. Michael Karpf

DELEGIERTENTAG

Gewerkschaft der Polizei – Eine für alle

Das ist das Motto unseres 25. Landesdelegiertentages, der vom 15. bis 17. November 2016 in Kornwestheim stattfinden wird. Die Vorbereitungen laufen bereits auf Hochtouren. Wir bitten Euch folgende Termine zu beachten:

Dienstag, 6. September 2016:

Treffen der Bezirksgruppenvorsitzenden

Donnerstag, 15. September 2016, 18 Uhr: Meldeschluss für die Delegierten

Der Delegiertenschlüssel für die Bezirksgruppen wurde am 23. März 2016 vom Landesvorstand festgelegt.

Mittwoch, 27. September 2016, 18 Uhr: Antragsschluss

Bis zu diesem Zeitpunkt müssen die Anträge eingegangen sein, später eingehende Anträge können nicht mehr berücksichtigt werden. Da wir beim Landesdelegiertentag reformbedingt auch eine neue Satzung beschließen müssen und der satzungsgemäße Antragsschluss zu kurz war, hat der Landesvorstand am 23. März 2016 den Antragsschluss auf den 27. September 2016 festgelegt. Wir wollen allen Gremien ausreichend Zeit geben, um ihre Satzungsanträge ausgiebig zu diskutieren und zu formulieren.

Donnerstag, 29. September, und Freitag, 30. September 2016, Antragsberatungskommission Sitzung.

werden Informationen zum BTHG-Gesetzentwurf zur Verfügung gestellt:

<http://www.bmas.de/DE/Schwerpunkte/Inklusion/bundesteilhabegesetz.html>

Die auch vom BDA und anderen Stellen verwendete Darstellung, dass mit der vorgesehenen Gesetzesänderung die „Mitbestimmung der Schwerbehindertenvertretungen“ in den Betrieben gestärkt würde, ist irreführend. Die Schwerbehindertenvertretungen (SBV) in den Betrieben und Dienststellen hatten niemals ein Mitbestimmungsrecht und fordern ein solches auch nicht. Das Beteiligungsrecht der SBV ist gemäß § 95 Abs. 2 SGB IX eine lapidare Anhörung vor Entscheidungen des Arbeitgebers in Schwerbehindertenangelegenheiten. Dieses Anhörungsrecht wird im vorgelegten Kabinettsentwurf zum BTHG unverändert beibehalten und nicht zu einem Mitbestimmungsrecht ausgebaut. Da viele Arbeitgeber die SBV vor Entscheidungen in Schwerbehindertenangelegenheiten oftmals nicht einmal anhören und einfach übergehen, muss das (ohnehin sehr schwache) Anhörungsrecht durch eine über das parlamentarische Verfahren noch in das BTHG einzubringende wirksame Regelung gesichert werden.



GdP VOR ORT

Begrüßung neuer Kolleginnen und Kollegen in Lahr

Am 1. Juli 2016 begrüßte ein GdP-Team die 150 neu eingestellten Kolleginnen und Kollegen in Lahr.

Es gab zahlreiche gute Gespräche u. a. auch mit Kolleginnen und Kolle-

gen, die kurz vor dem Abschluss ihrer Ausbildung stehen.

Die GdP begrüßte mit Frühstücksbrezeln, Kaffee und Süßigkeiten. Ein Angebot, das auch in

den Pausen rege wahrgenommen wurde.

RSeid



Das reichhaltige Angebot des GdP-Besuchs



Das GdP-Team: Joachim Lienert, Brigita Erceq und Angelika Burckhardt (beide GdP-Geschäftsstelle), Rüdiger und Sabine Seidenspinner und Andreas Heck-Erb (von links nach rechts).

KOMMENTAR

„Beleidigung von Polizisten durch das Bundesverfassungsgericht genehmigt“

Von Rüdiger Seidenspinner

Langsam muss man aufpassen wie man was schreibt! Jetzt haben die höchsten Juristen in Deutschland mit ihrem Urteil (Az.: 1BvR 257/14) festgeschrieben, dass ACAB keine individuelle Beleidigung ist.

Juristisch analysiert wird festgestellt, dass, wenn jemand diese vier Buchstaben auf die Faust tätowiert hat, nie einen einzelnen, bestimmten Polizisten oder Polizistin meinen kann. Das aber mit Meinungsfreiheit in Verbindung zu bringen, ist schon der Hammer.

Genau diese Polizistinnen und Polizisten die per se mal nun, auch noch höchstrichterlich genehmigt, beleidigt werden, schützen auch die Richter, die dieses Urteil gesprochen haben.

Da ist so ein Urteil nach meiner Auffassung schon bedenklich und



dient nicht dazu, die zu schützen, die andere schützen. In einer Zeit, in der

Gewalt gegen Polizeibeamte/-innen und andere Angehörigen von Hilfseinrichtungen ständig ansteigt, haben die Herren und Frauen im roten Mantel gezeigt, dass das wirkliche Leben wohl meilenweit an ihnen vorbeigeht.

Aber vielleicht können wir Polizistinnen und Polizisten das Ganze umdrehen, denn ACAB könnte ja auch mit

„ALL COPS ARE BEAUTIFULL“ heißen!?

Den Damen und Herren mit ihrem roten Mänteln wünsche ich alles Gute und dass sie nie das erleben müssen, was Polizisten und Polizistinnen tagtäglich erfahren müssen.

Frei nach dem Motto von Pippi Langstrumpf: Dann nehme ich mir meine Buntstifte und male die Welt, wie sie mir gefällt.

Euer Rüdiger Seidenspinner



GEWERKSCHAFTSARBEIT**Gewerkschaftsarbeit grundsätzlich betrachtet**

Wir schreiben das Jahr 2016 und leben trotz aller Probleme ziemlich gut in einer stabilen Demokratie und haben unseren Großeltern und Eltern eine Menge zu verdanken.

Es gibt bei uns nichts, was man nicht käuflich erwerben kann, vorausgesetzt, das nötige Geld ist vorhanden.

Dazu tragen auch die Gewerkschaften im Land bei, die in Tarifverhandlungen mit den Arbeitgebern streiten und ihre Forderungen notfalls mit Streik untermauern. Klar ist nicht jeder mit den Ergebnissen einverstanden, weil sie je nach Sichtweise, entweder zu niedrig oder zu hoch ausfallen. Es darf aber nie vergessen werden, dass Verhandlungen einen Kompromiss als Ergebnis haben und vor allem etwas über einen bestimmten Zeitraum in der Gänze erreicht wurde. Da haben es Industriegewerkschaften oftmals einfacher, als die des öffentlichen Dienstes, was sehr wohl wahrgenommen wird und auch eine gewisse Hilfslosigkeit zur Folge hat.

Dennoch sind kleine Erfolge auch Erfolge und von Tarifierhöhungen profitiert jeder, egal in welcher Hierarchieebene oder welchem Bereich er sich befindet, egal ob er Mitglied einer Gewerkschaft ist oder nicht. Letzteres müsste eigentlich ständig hinterfragt werden!

Schon oft haben sich viele Menschen Gedanken über Sinn und Unsinn von Gewerkschaften gemacht und dann festgestellt, dass eine Mitgliedschaft durchaus sinnvoll wäre. So z. B. das Ergebnis einer Erhebung von Verdi bei Nichtorganisierten in Fußgängerzonen.

Einige wurden auf eine Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft bisher nicht angesprochen, andere wurden so angesprochen, dass sie nichts verstanden haben und wieder andere wollen dies auf der Arbeit nicht. Dafür gibt es auch zahlreiche Gründe: vor der Arbeit hat man keine Zeit, danach will man nach Hause und während der Arbeit hat man Angst vorm Chef.

Sich gewerkschaftlich zu organisieren ist ein grundgesetzlich verbrieftes Recht, wer Mitglied in einer Gewerkschaft ist, geht niemand etwas an – egal ob der Chef das im All-

tag wissen möchte oder beim Einstellungs- oder Bewerbungsverfahren.

Wichtig ist nur, dass der Chef merkt, dass der oder die Beschäftigte, wenn es Probleme gibt, eine starke Gewerkschaft und einen guten Rechtsschutz im Rücken hat.

Gewerkschaftliche Arbeit, Beratung und Betreuung ist dann erlaubt, wenn sie im Betrieb oder der Behörde die Arbeit nicht behindert oder verzögert.

Das sollten unsere Chefs auch verinnerlicht haben, denn das steht so sinngemäß im Grundgesetz, auf das wir alle einen Eid geschworen haben.

In weiten Teilen gibt es keine Probleme, aber in anderen Bereich führt die Behinderung von gewerkschaftlicher Arbeit manchmal zu extremen Stilblüten.

Gewerkschaften sind nicht der Nabel der Welt und wissen per se nicht alles besser, wir bringen uns ein und wollen etwas bewegen und zwar im Sinne der Beschäftigten.

Manchmal entsteht der Eindruck, als würden Gewerkschaften nur den Betriebsablauf stören.

Vielleicht sollten im öffentlichen Dienst die Amts- und Behördenleiter sich mal mit den Konzernchefs von Daimler, VW oder Porsche unterhalten, um etwas gelassener damit umzugehen. Wir wollen nicht in ihre

Polizeisuppe spucken, sondern etwas für unsere Kolleginnen und Kollegen erreichen. So wie Polizei Ländersache ist, ist sie keine Privatsache.

Zum Schluss ein Vorschlag für die nächste Polizeichefrunde: vielleicht wäre es mal sinnvoll, z. B. den Betriebsratsvorsitzenden und stellv. Aufsichtsratsvorsitzenden der Porsche AG, Uwe Hück, einzuladen und ihn über seine Aufgaben referieren zu lassen.

Wer meint, alleine kämpfen zu müssen, läuft gegen die Wand, nur gemeinsam können wir etwas erreichen und zwar für alle.

Dieser Text bezieht sich nicht auf einen bestimmten Fall, sondern soll beide Seiten zum Denken anregen!

Euer Rüdiger Seidenspinner



KARTENAKTION FREIZEITPARK TRIPS DRILL

Ab sofort gibt es bei uns wieder vergünstigte Eintrittskarten zum Freizeitpark Tripsdrill.

Tages-Pass 2016

Preis pro Person	
Kinder unter 4 Jahren	freier Eintritt
Kinder von 4 bis 11 Jahren	€ 20,50
Erwachsene und Jugendliche ab 12 Jahren	€ 24,50
Senioren ab 60 Jahren	€ 20,50

Bestellungen ab sofort über info@gdp-bw.de

Die Karten sind gültig bis Nov. 2017



DELEGIERTENTAG

Die Gewerkschaft der Polizei wird neu aufgestellt

Vom 15. bis 17. November 2016 findet in Kornwestheim der 25. Landesdelegiertentag der GdP unter dem Motto „Gewerkschaft der Polizei – Eine für alle“ statt.

Beim Delegiertentag werden die GdP-Landesgremien (Landesvorstand, geschäftsführender Landesvorstand und Landeskontrollausschuss) neu gewählt. Mit den Anträgen, die von den Bezirksgruppen und den Personengruppen gestellt werden, wird die Arbeit der GdP in den nächsten Jahren diskutiert und beschlossen.

Die Termine wie Antragsschluss und die Meldung der Delegierten sind an anderer Stelle dieser Ausgabe nochmals genannt.

Auch aufgrund der Polizeireform und den damit verbundenen Veränderungen muss sich der GdP-Landesbezirk Baden-Württemberg neu organisieren und ausrichten. So soll beim Delegiertentag auch eine neue Satzung beschlossen werden. Hierzu hat bereits eine Arbeitsgruppe getagt und ihre Ergebnisse dem Landesvorstand vorgestellt. Der Satzungsentwurf ist den Bezirksgruppen zugegangen.

Was ist neu in der vorgeschlagenen Satzung?

Wie bereits erwähnt, hat sich die Polizeiorganisation durch die Polizeireform verändert. Deshalb wurden bereits in der Übergangssatzung, die bis zum Delegiertentag gültig sein wird, Bezirksgruppen bei den Polizeipräsidien gebildet. Nachdem in den Polizeipräsidien mehrere ehemalige Landkreise zusammengefasst werden, besteht auch weiterhin die Möglichkeit, die Kolleginnen und Kollegen in Kreisgruppen als Untergliederungen in den Bezirksgruppen zu betreuen.

Weiterhin soll der Landesvorstand umgestaltet werden. Waren im Landesvorstand bisher u. a. der geschäftsführende Landesvorstand, die Sparten der Polizei (wie z. B. Schutz- und Kriminalpolizei, Bereitschaftspolizei und Wasserschutzpolizei, um nur wenige Beispiele zu nennen), die Beisitzer der Landespolizeidirektionen (die ja mit der Reform abgeschafft wur-



Wolfgang Kircher, stellv. Landesvorsitzender, verantwortlich für die AG-Satzung

den) vertreten, sollen zukünftig die Bezirksgruppen einen Sitz im Landesvorstand bekommen. Darüber hi-

naus werden die Personengruppen und der Tarifbereich vertreten sein.

Dem Gewerkschaftsbeirat, der bisher u. a. aus den Kreisgruppen bestanden hat, sollen zukünftig u. a. Vertreter der Bezirksgruppen, berechnet nach ihrer Größe, angehören.

Das Organ eines Landesschiedsgerichts soll neu in der Satzung aufgenommen werden. Nachdem beim letzten Bundeskongress ein Schiedsgericht geschaffen wurde, werden wir dieses Organ ebenfalls in unserer neuen Satzung mit aufnehmen.

Das Landesschiedsgericht hat sich zukünftig u. a. mit Ordnungsverfahren und Verfahren bei Satzungsstreitigkeiten zu beschäftigen.

Selbstverständlich wird es viele weitere Änderungen geben, sie alle aufzuzählen würde aber den Rahmen sprengen, deshalb habe ich mich auf die wesentlichen Schwerpunkte beschränkt.

Wolfgang Kircher

PERSONALMITTEILUNGEN

Die GdP gratuliert herzlich

ZUR BEFÖRDERUNG ZUM/ZUR: Regierungsdirektor

Landeskriminalamt: Dr. Thomas Ritter.

Polizeihauptkommissar A 12

PP Aalen: Jürgen Oesterle. PP Ulm: Sven Staudenmaier, Norbert Nolle.

Kriminalhauptkommissar A 12

PP Aalen: Rainer Brenner.

Polizeihauptkommissar/-in

PP Aalen: Jürgen Fischer, Clarissa Zwickl. PP Einsatz: Jürgen Metzler, Edgar Ridinger. PP Tuttlingen: Alwin Endress.

Polizeioberkommissar/-in

PP Aalen: Natalie Möller, Manfred Wahl, Thomas Starz. PP Ludwigsburg: Wolfgang Kircher. PP Reutlingen: Ina Fünfer, Tanja Konzelmann, Uwe Lengerer, Gerd Steinhilber. PP Ulm: Tanja Paulus, Daniel Nägele.

Kriminaloberkommissar

PP Aalen: Alexander Kolb. LKA: Christian Gundlach, Zafer Bezek.

Polizeihauptmeister mit Zulage

PP Aalen: Johannes Dauser, Günter

Stecher. PP Reutlingen: Ulrich Fürstenauf, Bernd Greher, Markus Renz, Bernhard Schober, Andreas Schönlé. PP Ulm: Holger Herrmann.

Polizeihauptmeister/-in

PP Aalen: Julian Abt, Andre Daif, Philipp Geymann, Stefano De Boni, Sascha Gruber, Michael Ehrhardt, Imke Gaibler. PP Reutlingen: Marina Causevic, Tatjana Fritz, Sabine Gebert, Patrik Klump, Oliver Mayer, Michael Peters, Jasmin Pfeffer, Tobias Prokein, Marc Schöllkopf, Christian Sonnberger. PP Ulm: Sabine Holl, Bertel Reiber.

Polizeiobermeister

PP Aalen: Mathias Sekler. PP Reutlingen: Martin Hackenberg, Aron Kramer, Stefan Ludwig.

Es traten in den Ruhestand:

PP Karlsruhe: Rolf Eigenmann. PP Tuttlingen: Christian Kleiner. Wir wünschen im Ruhestand alles Gute.

Zusammengestellt von Angelika Burckhardt



KOMMENTAR

Schaufenstertheater

Ich möchte mich nicht an der Diskussion um zu viel oder zu wenig Staatssekretäre und unnötige Neustellen beteiligen, denn dies ist nur peinlich.

Ich kenne das aus zig Jahren Gewerkschaftsarbeit. Was mich aber ärgert, ist die Tatsache, dass regelmäßig, gesetzlich geregelt, festgestellt wird, wie hoch die Diäten steigen.

Die, die sich selber gesetzlich ihre Einkommenserhöhung geregelt haben, stellten noch vor ihrer Amtsübernahme fest, wo sie sparen werden, nämlich bei uns, den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes

Dann geben sie sich alle die Hand, vergessen die Vorwürfe in der Opposition, vergessen ist der Wahlkampf und vergessen alle die leeren Ver-

sprechungen, die Sonntagsreden und das unerträgliche Politikgeschwafel. Jetzt geht es an das, was alle gewollt haben, regieren und gestalten.

Wo kommt wohl die Politikverdrossenheit her? Ich habe da so meine Erkenntnisse!

Viele Grüße euer

Ignatz Schmitz

GEWERKSCHAFTSARBEIT

Und was sonst noch so war

Unter dieser Überschrift berichten wir über unsere tägliche Arbeit, Aktionen und Termine, die es nicht in die „Schlagzeilen“ der Digital oder der Deutschen Polizei geschafft haben, aber trotzdem erwähnenswert sind.

1. Juni 2016: Dagmar Schorsch Brandt, stellv. Landesbezirksleiterin Verdi und zuständig u. a. für den öffentlichen Dienst, wurde in den Ruhestand verabschiedet. Wir haben sehr gut mit ihr zusammengearbeitet und der GdP-Landesvorsitzende und die gesamte GdP wünschen ihr alles, alles Gute.



8. bis 9. Juni 2016: Sitzung des GdP-Bundesvorstandes in Magdeburg, BW war durch Wolfgang Kircher vertreten.

Darüber haben wir bereits in der letzten Ausgabe, allerdings unter falschem Datum (Mai) berichtet. Bei der Sitzung wurde auch das Diskussionspapier zum Thema „Distanz-Elektro-Impuls-Geräte (DEIG)“ vorgestellt, das auf der GdP-Homepage eingestellt oder über die Bezirksgruppen erhältlich ist.

13. Juni 2016: TV-Interview des Landesvorsitzenden mit SWR zu den Fußballrandalen beim EM-Spiel Russland gegen England.

14. bis 15. Juni 2016: Sitzung des Bundesfachausschuss Wasserschutzpolizei der sich u. a. mit den maritimen Einsätzen von Wasserschutzpolizisten im Mittelmeer auseinandersetzte. Rüdiger Seidenspinner hat als zuständiges GBV-Mitglied daran teilgenommen.

17. Juni 2016: TV-Interview des Landesvorsitzenden zum Thema Hilfspolizei mit dem SWR.

21. Juni 2016: Rüdiger Seidenspinner hat an der DGB-Landesbezirksvorstandssitzung in Stuttgart teilgenommen, in der auch über die Kampagne „Sichere Rente“ gesprochen wurde.

21. Juni 2016: Gespräch des Landesvorsitzenden mit dem neuen Poli-

zeisprecher der SPD, MdL Sascha Binder

22. Juni 2016: Gespräch des Landesvorsitzenden mit dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Grünen, Hans-Ulrich Sckerl, MdL.

27. Juni 2016: Erster „Esslinger Dialog“ im Esslinger Alten Rathaus unter dem Thema „Grün-Schwarz regiert – Was erwarten Sie?“. Eingeladen hat die Grünen-Landtagsabgeordnete Andrea Lindlohr, ebenfalls anwesend war Thekla Walker, MdL, und Landesvorsitzende der Grünen. Gundram Lottmann, stellvertretender Kassier im GLV, war als GdP-Vertreter dort.

30. Juni 2016: Sitzung des Kuratoriums der Hochschule der Polizei, an der der GdP-Landesvorsitzende teilgenommen hat. Es wurden die Planungen für die nächsten Jahre vorgestellt.

5. Juli 2016: Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstandes in der Geschäftsstelle.

6. Juli 2016: Sitzung des Landes seniorenvorstandes in Karlsruhe, bei der u. a. die Durchführung der dezentralen Seminare „Vorbereitung auf den Ruhestand“ in den Bezirksgruppen besprochen wurde.

Der stellvertretende Landesvorsitzende Wolfgang Kircher hat als zuständiges GLV-Mitglied daran teilgenommen.



ENSINGER IST SPORT

DIE Calcium-Magnesium-POWER-QUELLE



Hergestellt mit der Kraft der Sonne
Solar-Food®
und regenerativen Energiequellen



Ensinger

... die Calcium-Magnesium-Power-Quelle

Offizieller Partner



OLYMPIA
STÜTZPUNKT
STUTTGART

